



# Berlin-Brief

von Josip Juratovic  
Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Februar 2007

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

eine ereignisreiche Woche liegt hinter uns. Für Schlagzeilen sorgte wieder einmal die Gesundheitsreform, die wir am heutigen Freitag im Plenum verabschiedet haben. Der Verabschiedung voraus ging eine lange Diskussion. Bereits im Juli wurden Eckpunkte der Reform im Kabinett verabschiedet. Eine lange interne und öffentliche Debatte, viele Änderungen und Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern folgten.

Vor allem gegen Ende der Debatte wurde diese zunehmend undurchschaubar. Eine Fülle von Akteuren – vor allem private Krankenkassen, Ärzte, Pharmaindustrie und Apotheker – versuchte, möglichst viele ihrer Einzelinteressen im Gesetz wieder zu finden. Ebenso versuchten einige Länder mit ihrer Bundesratsmehrheit, Änderungen zu ihren Gunsten durchzusetzen.

Dies führte dazu, dass die Grundlage, die wir innerhalb der Großen Koalition erreicht haben – auch hier schon mit vielen Einschränkungen unserer Position -, noch einmal ausgedünnt wurde. Ich spreche daher nicht mehr von einer Reform, sondern von einem Kompromiss, der jedoch wichtige Punkte enthält, die wir durchsetzen konnten: Die Einführung der Versicherungspflicht, der Basistarif in der Privaten Krankenversicherung, der bundesweit einheitliche Tarif durch den Gesundheitsfonds, der Risikostrukturausgleich, die Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, verbesserte Leistungen wie beispielsweise die Anrechenbarkeit von Mutter-Vater-Kind-Kuren.

Ich bin mit dem jetzigen Ergebnis nicht glücklich. Für mich sind jedoch kleine Erfolge besser als gar nichts. Wir kommen nicht mit einer großen Reform an unser Ziel, aber wir gehen Schritt für Schritt, wenn auch mit nur kleinen Maßnahmen, in die richtige Richtung. Ich stand vor der Entscheidung, die politische Realität anzuerkennen und diese kleinen Schritte zu gehen, oder aber den nicht zufrieden stellenden Status Quo beizubehalten. Besonders am Herzen liegt mir die Situation der über 300.000 Menschen in Deutschland, die derzeit ohne Krankenversicherung sind. Jetzt sind die Krankenversicherungen verpflichtet, diese Menschen aufzunehmen. Unter anderem auch deshalb habe ich mich entschieden, mit „ja“ zu stimmen.

Für uns Sozialdemokraten steht jedoch die Gesundheitspolitik weiterhin auf der politischen Agenda, denn unser Ziel war und bleibt die solidarische Bürgerversicherung.

Doch nicht nur die Gesundheitsreform wurde diese Woche im Plenum behandelt. Weitere Themen findet ihr wie immer auf den nächsten Seiten. Wer nähere Informationen möchte, wende sich bitte an mich oder eines meiner Büros. Bitte beachtet auch die neue Rubrik „Termine“ auf der letzten Seite.

**Mit freundlichen Grüßen**

Josip Juratovic MdB

## **Gute Versorgung für alle**

Am 2. Februar 2007 wurde der geänderte Gesetzentwurf zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) (Drs. 16/3100, 16/4200, 16/4247) gemeinsam mit einem dazugehörigen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 16/4220) vom Deutschen Bundestag in 2./3. Lesung beschlossen. Am 16. Februar 2007 wird der Bundesrat den Gesetzentwurf beraten.

### **▪ Unser Gesundheitswesen zukunftssicher machen**

Dass die Verhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion hart sein werden, war allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von vornherein klar. Schließlich liegen die Modelle beider Koalitionspartner - die Kopfpauschale der CDU/CSU und die solidarische Bürgerversicherung der SPD - zur Reform unseres Gesundheitswesens weit auseinander. Dennoch konnten die Verhandlungsführer der SPD-Bundestagsfraktion entscheidende Verbesserungen für die Menschen durchsetzen und einschneidende Ungerechtigkeiten verhindern. Das Ziel während der Verhandlungen war, das Gesundheitswesen auch in Zukunft leistungsfähig, finanzierbar und vor allem solidarisch zu halten. Alle Menschen sollen die medizinische Versorgung erhalten, die sie brauchen, und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, enthält das GKV-WSG eine Strukturreform, eine Organisationsreform, eine Finanzreform und eine Reform der Privaten Krankenversicherung (PKV). Die ausgehandelte Gesundheitsreform ist ein tragfähiger Kompromiss.

### **▪ Krankenversicherung für alle - PKV kann sich Versicherte nicht mehr aussuchen**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat durchgesetzt, dass es zum ersten Mal ab 1.1.2009 eine Versicherungspflicht für alle gibt. Dabei wurde auch sichergestellt, dass die Tarife der Krankenversicherung bezahlbar sind. Nichtversicherte, die dem GKV-System angehören, werden bereits ab 1.4.2007 wieder in die GKV aufgenommen. Für Selbstständige mit kleinen Einkünften wird die GKV günstigere Tarife anbieten. Nichtversicherte, die dem PKV-System zuzuordnen sind, können sich ab 1.7.2007 im erweiterten Standardtarif der PKV ohne Risikoprüfung versichern. Ab 1.1.2009 ist die PKV verpflichtet, einen Basistarif ohne Risikoprüfung und mit Kontrahierungszwang (das Versicherungsunternehmen muss den Vertrag abschließen) anzubieten, der die Leistungen der

GKV enthält und nicht teurer als der Höchstsatz der GKV sein darf. Um Überforderungen auf Seiten der Versicherten zu vermeiden, wurden Regelungen zur Reduktion des Basis tarifs im Bedarfsfall getroffen.

### **▪ Mehr Leistungen, mehr Wahlmöglichkeiten und bessere Versorgung**

Die Strukturreformen tragen eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. Es ist die erste Gesundheitsreform, die ohne Leistungskürzungen für die Versicherten der GKV auskommt. Dort, wo es notwendig ist, werden Leistungen zielgerichtet ausgebaut wie z. B. bei der palliativmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken, bei der häuslichen Krankenpflege für Pflegebedürftige und Behinderte. Außerdem gehören künftig alle Impfungen, die von der Ständigen Impfkommission empfohlen werden, genauso in den Pflichtleistungskatalog der GKV wie Eltern-Kind-Kuren, Reha-Maßnahmen für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie alle weiteren Leistungen der medizinischen Reha. Die Versicherten der GKV haben nun mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Versicherungs-, Selbstbehalt- und Kostenerstattungstarifen. Das Sachleistungsprinzip bleibt in der GKV die Regel. Vor einem Wechsel in einen Kostenerstattungstarif müssen die Kassen die Versicherten entsprechend beraten. Die Bindung an den Tarif gilt dann für drei Jahre. Alle GKVen müssen ihren Versicherten Hausarzttarife anbieten. Zur Vermeidung von Über-, Unter- und Fehlversorgung von Patienten und zur Erreichung einer lückenlosen Versorgungskette wird die integrierte Versorgung ausgebaut.

## **BAföG an neue Entwicklungen anpassen**

Der Antrag der Koalitionsfraktionen „BAföG an neue Entwicklungen anpassen – Auszubildende mit Kindern unterstützen, Auslandsaufenthalte erleichtern, Migrantenförderung verbessern und Hinzuverdienstgrenzen erhöhen“ (Drs. 16/4162) wurde am 1. Februar im Deutschen Bundestag beraten.

Deutschland braucht mehr Hochqualifizierte, um den wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft Rechnung zu tragen. Die Stärkung der Hochschulen durch Hochschulpakt und Exzellenzinitiative auf der einen Seite erfordert auf der anderen Seite eine moderne Ausbildungsförderung mit einer Palette von Angeboten durch Zuschüsse, Studienkredite und Stipendien. Wegen der nach wie vor angespannten Haushaltslage kann derzeit keine Anpassung der Freibeträge, Bedarfssätze, Vonhundertsätze und Höchstbeträge erfolgen, stellt der An-

trag fest. Dennoch soll das BAföG an neue Entwicklungen angepasst und den Studierenden dadurch mehr Chancen eröffnet werden. Dabei geht es vor allem um eine stärkere Unterstützung von Studierenden mit Kindern, die Verbesserung der Auslandsförderung, die weiter gehende Einbeziehung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Berechtigtenkreis sowie die Erhöhung und Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen für alle Auszubildenden. Für die Finanzierung von über längere Dauer erhobenen ausländischen Studiengebühren soll darauf hingewirkt werden, dass das bestehende Studienkreditangebot der KfW auch für diese Zwecke geöffnet wird. Die hohen Hürden einer Förderung von Praktika außerhalb Europas sollten künftig abgebaut werden. Die Bildungspolitiker der SPD-Fraktion sprechen sich angesichts der sozialen Lage der Studierenden in Deutschland auch weiterhin für eine spürbare Erhöhung des BAföGs in dieser Legislaturperiode aus.

## **Neue Impulse für die Entwicklungspolitik**

Der Deutsche Bundestag hat am 1. Februar 2007 den „Zwölften Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ (Drs. 15/5815) und den Antrag der Koalitionsfraktionen „Die Deutsche G 8- und EU-Präsidentschaft - neue Impulse für die Entwicklungspolitik“ (Drs. 16/4160) beraten.

Die gemeinsame G8- und EU-Präsidentschaft im Jahr 2007 bedeutet für Deutschland eine hohe Verantwortung und gleichzeitig die große Chance, wichtige Weichen für die Entwicklungspolitik zu stellen. Den internationalen Bemühungen zur Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele soll neuer Schwung verliehen werden.

- **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abschließen - Klimaschutz stärken**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements) zu einem entwicklungspolitisch wirkungsvollen Abschluss gebracht und den Entwicklungsländern gerechte Handelschancen eingeräumt werden. Angestrebt wird die Fortsetzung der WTO-Entwicklungsrunde im Sinne des Bundestagsbeschlusses „Anstrengungen für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde mit höchster Priorität fortsetzen“. Wirkungsvolle Initiativen zum Klimaschutz durch Verbesserung der Energieeffizienz und den nachhaltigen Einsatz erneuerbarer Energien müssen

vereinbart werden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der Clean Development Mechanism des Kyoto-Protokolls, der in Schwellenländern wie China und Indien als Instrument genutzt wird, auch in den Ländern Subsahara-Afrikas ausgebaut wird, und dass der Fonds zur Investitionsförderung für effiziente und erneuerbare Energietechnologien (GEREF) auch in Afrika ausreichend umgesetzt wird.

## **Bericht zur Lage der älteren Generation**

Der Bundestag hat am 2. Februar 2007 den fünften Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland (Drs. 16/2190) beraten. Der Auftrag der Bundesregierung an die Altenberichtscommission lautete, zum Thema „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ Erkenntnisse zusammenzutragen und Handlungsempfehlungen zu geben.

- **Potenzial älterer Menschen nutzen**

Zwei Ergebnisse ziehen sich als roter Faden durch den Bericht. Zum einen wird deutlich, dass die Lebensphase Alter nicht mit Krankheit und Unproduktivität gleichgesetzt werden kann, sondern Ältere bereits heute einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand erbringen. Gleichzeitig zeigt der Bericht, dass die Potenziale älterer Menschen sozial sehr ungleich verteilt sind und dass es nicht das Alter und den alten Menschen gibt. Ältere Menschen können unter verbesserten Rahmenbedingungen ihre Potenziale im größeren Umfang für die Gesellschaft einsetzen. Voraussetzung ist eine größere Bereitschaft von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen, die vorhandenen Potenziale Älterer stärker abzurufen und zu nutzen.

Der zweite zentrale Gedanke bezieht sich auf die Herausforderungen, die aus der Alterung und der Schrumpfung der deutschen wie der europäischen Bevölkerung für die Sicherung der Produktivität und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft erwachsen. Das Ausmaß der dadurch hervorgerufenen Belastungen ist unter den Ökonomen umstritten. In der öffentlichen Diskussion wird die Alterung der Gesellschaft jedoch fast ausschließlich mit finanziellen Belastungen in Zusammenhang gebracht. Notwendig ist es deshalb, die Potenziale älterer Menschen stärker als bisher in das Blickfeld zu rücken.

## **Jahreswirtschaftsbericht 2007**

Am 1. Februar 2007 hat der Deutsche Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht 2007 (Drs. 16/4170) beraten. Der Bericht mit dem Titel „Den Aufschwung für Reformen nutzen“ zeigt auf, dass die deutsche Wirtschaft sich seit Beginn des vergangenen Jahres in einem kraftvollen Aufschwung befindet. Es wird lebhaft investiert, die Arbeitslosigkeit sinkt, es entstehen erstmals seit langem wieder in großem Umfang sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Der Konjunkturmotor läuft wieder rund und wird auch in diesem Jahr nicht ins Stocken geraten.

### ▪ **Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Prognose**

Für dieses Jahr geht die Bundesregierung von einem Wachstum von rund 1,7 Prozent aus - nach 2,5 Prozent im vergangenen Jahr. Die Arbeitslosenzahl wird in diesem Jahr um voraussichtlich rund 480.000 Personen gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt zurückgehen. Die Erwerbstätigkeit wird weiter steigen, im Jahresdurchschnitt um 300.000 Personen. Zusätzlich zu den erwarteten Einkommenssteigerungen erhöht sich auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte.

Zu der erfreulichen Entwicklung hat neben einer dynamischen außenwirtschaftlichen Entwicklung auch die Politik der Großen Koalition beigetragen. Aber auch die Vorgängerregierung hat mit ihren Strukturreformen für gute Rahmenbedingungen gesorgt. In diesem Jahr wird es Aufgabe der Regierungskoalition sein, den in Gang gekommenen Aufschwung zu festigen, die Konsolidierung der Haushalte fortzuführen und weitere innere Wachstumskräfte der Wirtschaft freizusetzen.

## **Weitere Themen im Plenum:**

- **Neuausrichtung des Goethe-Instituts unterstützen**
- **Geistes- und Sozialwissenschaften stärken**
- **Änderung des Passgesetzes**
- **Neues Versicherungsvertragsgesetz**

## **Termine:**

**Montag, 5.2.2007:** Veranstaltung des DGB/NGG: Rente ab 67 und Mindestlohn  
**15.30 Uhr, Campina Heilbronn**

**Montag, 5.2.2007:** Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Eppingen: Die sozialpolitischen Reformen der Großen Koalition.  
**20 Uhr, Hotel Villa Waldeck, Eppingen**

**Mittwoch, 7.2.2007:** Bürgerempfang der SPD mit dem Fraktionsvorsitzenden **Peter Struck**  
**18 Uhr, Volkshochschule Heilbronn**

**Montag, 12.2.2007:** Veranstaltung des Heilbronner Friedensrates: Auslandseinsätze der Bundeswehr: Humanitäre Aktionen oder Militarisierung der Außenpolitik? Diskussion mit **Josip Juratovic MdB** und **Dr. Gerhard Schick MdB** (Bündnis 90/Die Grünen)  
**19 Uhr, Volkshochschule Heilbronn**

**Samstag, 24.2.2007:** Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Netzwerk Mannheimer Kreis: Südosteuropa: Der schwierige Prozess zu Versöhnung und Frieden. U. a. mit **Johannes Jung MdB** und dem Oberbürgermeister meiner Geburtsstadt Koprivnica, **Zvonimir Mrsic**  
**10.30 Uhr, Innovationsfabrik Heilbronn**

**Mittwoch, 14.3.2007:** Veranstaltung der AG 60plus-Land: Aktuelle Bundespolitik aus Berlin.  
**16.15 Uhr, Regionalgeschäftsstelle HN**

**Mittwoch, 14.3.2007:** Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung: Bundesrepublik Europa? Die demokratische Herausforderung und Europas Krise. Mit **Josip Juratovic MdB** und **Stefan Collignon**, Hochschullehrer und Autor, London und Paris  
**18.30 Uhr, Ludwigsburg**

**Donnerstag, 15.3.2007:** Veranstaltung des Arbeitskreises Europa in der SPD: Europa ohne Ziele und Werte? Die Bedeutung der Religionen für die Zukunft Europas. Mit **Dr. Dieter Heidtmann**, Brüssel  
**19 Uhr, Haus des Handwerks Heilbronn**

**Freitag, 16.3.2007:** SPD-Bundestagsfraktion vor Ort mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden **Nicolette Kressl**: Gemeinsam für mehr Ausbildung  
**19.30 Uhr, Bäckerei Mitterer**

Weitere Infos gibt es im Wahlkreisbüro:  
Tel.: 07131-783616  
E-Mail: josip.juratovic@wk.bundestag.de